

## **Antrag**

**der Abgeordneten Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein, Carl-Edgar Jarchow,  
Michael Kruse, Daniel Oetzel, Dr. Kurt Duwe (FDP) und Fraktion**

**Betr.: Ein „Hamburger Konvent für die Meinungsfreiheit“ als starkes Zeichen  
für die Meinungsfreiheit!**

Die Meinungsfreiheit ist ein entscheidendes Element jeder lebendigen Demokratie. Ohne den freien Diskurs, den Austausch von Ideen und Meinungen ist eine demokratische Gesellschaft schlicht nicht denkbar. Ein starker Einsatz für die Meinungsfreiheit sollte daher für jeden Demokraten eine Selbstverständlichkeit sein. Was wir in diesen Tagen aber erleben, kann durchaus als eine Krise der Meinungsfreiheit, eine Krise der Demokratie bezeichnet werden. Aus dem rechten Spektrum werden die Grenzen des Sagbaren immer weiter verschoben. Das öffnet die Tür für Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Hass. Gleichzeitig wird unter der Mitwirkung von vornehmlich linken Kräften der Meinungskorridor in öffentlichen Debatten immer enger. Im Rahmen einer Allensbach-Umfrage äußerten 63 Prozent der Befragten, dass man seine Meinung nicht mehr ohne Bedenken aussprechen könne.<sup>1</sup> Beide Entwicklungen sind eine akute Gefahr für unsere demokratische Gesellschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Denn beide Entwicklungen spalten die Gesellschaft, vergiften den Diskurs und bereiten den Nährboden für Extremismus und Ausgrenzung.

Es ist daher an der Zeit, dass aus der Mitte der Gesellschaft ein starkes Signal für die Meinungsfreiheit gesendet wird. Ein klares Bekenntnis zum Wert der Meinungsfreiheit und ein gemeinsamer Konsens über täglich gelebte Meinungsfreiheit. Denn es ist der freie, offene und respektvolle Diskurs, der eine Demokratie mit Leben füllt. Die Freien Demokraten schlagen daher die Durchführung eines groß angelegten „Hamburger Konvents für die Meinungsfreiheit“ als starkes Bekenntnis zu Meinungsvielfalt und gesellschaftlichem Zusammenhalt vor.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. eine groß angelegte Evaluation zum Thema Meinungsfreiheit in Hamburg durchzuführen, die ergebnisoffen ermitteln soll, wie der Blick der Hamburger Bürger auf die aktuelle Situation der Meinungsfreiheit in Hamburg aussieht. Hierbei soll insbesondere identifiziert werden, ob und wenn ja in welchen Bereichen die Hamburgerinnen und Hamburger problematische Entwicklungen in Bezug auf Entgrenzung und Begrenzung des Sagbaren wahrnehmen,
2. zu prüfen, in welcher Form, in welchem Rahmen und mit welcher Größenordnung sich ein „Hamburger Konvent für die Meinungsfreiheit“ zeitnah realisieren ließe und bei dieser Prüfung insbesondere auf die für die Umsetzung des „Hamburger Konvents für die Meinungsfreiheit“ bisher geplanten Punkte einzugehen:

---

<sup>1</sup> Vergleiche <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/allensbach-umfrage-ueber-meinungsfreiheit-und-kritische-themen-16200724.html> (abgerufen am 11.11.2019).

- a) eine Einbindung aller am Meinungsbildungsprozess beteiligten und an dem gemeinsamen Austausch interessierten demokratischen Akteure (beispielsweise Hochschulen und Bildungseinrichtungen, Verbände, Religionsgemeinschaften, soziale Träger, Vereine, Behörden, zivilgesellschaftliche Initiativen und Vertreter der Medien sowie der Politik und Medien) über ein Anmelde- und Partizipationsverfahren,
  - b) die Veranstaltung mehrerer Debattenrunden zur aktuellen Situation der Meinungsfreiheit in Hamburg und Deutschland unter Mitwirkung der beteiligten Institutionen (siehe 2. a)),
  - c) den Beginn der Arbeit an einer „Hamburger Charta der Meinungsfreiheit“, die von allen am Konvent beteiligten Akteuren gemeinsam entwickelt wird und die ein klares und gemeinsames Signal für die Meinungsfreiheit ausdrückt, zu dem sich alle bekennen (ähnlich der *Erklärung der Vielen*),
  - d) die Ausschreibung eines Preises für Meinungsfreiheit und Zivilcourage,
  - e) eine über den Konvent und die Erarbeitung hinausgehende Intensivierung des regelmäßigen Austausches der beteiligten Akteure mit dem Ziel einer kontinuierlichen Zusammenarbeit zum Thema Meinungsfreiheit,
  - f) die Prüfung der Verstetigung des „Hamburger Konvents für die Meinungsfreiheit“ als jährliches Format,
3. der Bürgerschaft bis zum 1. März 2020 zu berichten und im Anschluss die Umsetzung der bis zu diesem Zeitpunkt erarbeiteten Pläne einzuleiten.